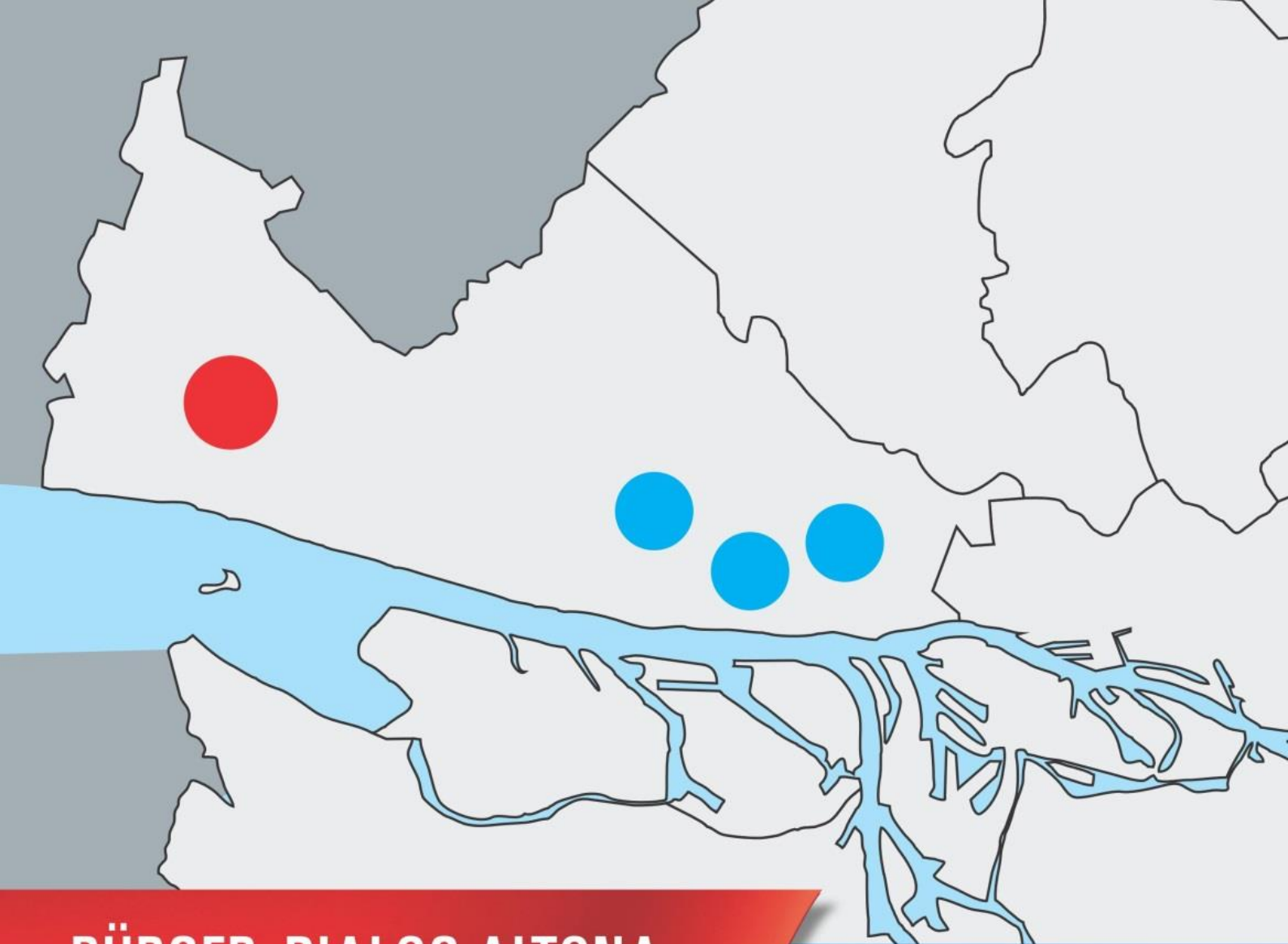




BÜRGER-DIALOG ALTONA

Wohnraum für Geflüchtete

Dokumentation der Informations- und Beteiligungsveranstaltung
am 1.3.2016



Hamburg | Bezirksamt
Altona

Inhalt

Inhalt	3
1. Hintergrund	6
2. Die Auftaktveranstaltung	7
2.1 Begrüßung	7
2.2 Informations-Teil	8
2.3 Diskussions-Teil	13
2.3.1 Thema Standortwahl/Städtebau	13
2.3.2 Thema Sicherheit	14
2.3.3 Thema Integration	15
2.3.4 Thema Verkehrsanbindung	16
3. Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger an den Thementafeln	17
4. Impressum	19



Frau Dr. Melzer begrüßt das Plenum

Frau Dr. Melzer, Herr Gerdemann, Frau Stödter-Erbe (Bezirk Altona) und Herr Leo (fördern & wohnen) beantworten die Fragen der Anwesenden





Info-Markt: Johannes Gerdemann (Mitte) im Gespräch mit Bürgern

Der Info-Folder zum Bürger-Dialog



1. Hintergrund

Im vergangenen Jahr nahm Hamburg über 22.000 geflüchtete Menschen auf. Aufgrund der rasant steigenden Zahlen im Verlauf des vergangenen Jahres wurden in Zelten, leerstehenden Baumärkten und Bürogebäuden improvisierte Notunterkünfte geschaffen. Gegenwärtig leben noch etwa 7.000 Männer, Frauen und Kinder in diesen provisorischen Unterbringungen. Dies soll keine Dauerlösung sein. Niemand soll auf der Straße übernachten. Daher hat der Hamburger Senat im Herbst des Jahres 2015 beschlossen, insgesamt 5.600 Wohnungen im Standard des geförderten Wohnungsbaus für die öffentlich-rechtliche Unterbringung von Flüchtlingen zu errichten. Diese Wohnungen sollen für einen Zeitraum von mindestens 15 Jahren der sogenannten Folgeunterbringung dienen, d. h., die Bewohnerinnen und Bewohner versorgen sich selbst, wirtschaften selbstständig und gestalten ihren Alltag nach ihren Wünschen. Die Wohnungen sollen bereits Ende 2016 bezugsfertig sein.

Eine Fläche für diesen Wohnungsbau, neben weiteren Flächen in Altona, liegt im Stadtteil Rissen. Das Quartier Suurheid entsteht in unmittelbarer Nähe zu der bestehenden Unterbringung Sieversstücken.

Mit dem Bürger-Dialog „Wohnraum für Geflüchtete“ möchte das Bezirksamt bis zum Sommer 2016 mit der Altonaer Bevölkerung darüber diskutieren, wie der nötige feste Wohnraum für Geflüchtete und das Zusammenleben im Bezirk gestaltet werden können. Es soll die Frage im Mittelpunkt stehen, wie die Integration gelingen kann. Dabei soll erörtert werden, welche Anforderungen an die Infrastruktur bestehen, z. B. an Kita- und Schulversorgung, Familienförderung, offene Kinder- und Jugendarbeit sowie an die Nahversorgung. Daneben soll über die Gestaltung und Nutzung öffentlicher Freiräume sowie die Planung künftiger Wegeverbindungen gesprochen werden. Als Ergebnis des Verfahrens könnte z. B. ein Aktionsplan ausgearbeitet werden.

Der Bürger-Dialog besteht im Kern aus fünf Veranstaltungen und der begleitenden Ausbildung von sog. „Bürgermoderator*innen“. Die Veranstaltungen sind eine Auftaktveranstaltung, drei Fokusgruppen zur Vertiefung von Einzelthemen sowie eine Abschlussveranstaltung. Die „Bürgermoderator*innen“ erhalten eine Moderationsausbildung. Zudem werden ihnen Kenntnisse in Konfliktregelung und der Organisation von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen vermittelt.

2. Die Auftaktveranstaltung

Am Dienstag, den 1. März 2016 fand in der Aula der Schule Iserberg von 17:00 bis ca. 21:30 Uhr die Auftaktveranstaltung statt. Sie war als kombinierte Informations- und Beteiligungsveranstaltung konzipiert. Der Veranstaltungsablauf bot den Gästen in Form eines sogenannten **Info-Marktes** die Möglichkeit, sich von 17:00 bis 18:00 Uhr an Stellwänden über verschiedene Einzelthemen zu informieren sowie Expertinnen und Experten zu befragen. Zu jedem Thema bestand die Möglichkeit, Anregungen, Ideen und Kritikpunkte auf Karteikarten zu hinterlassen. Auch die Bürgerinitiativen *VIN Rissen* sowie der Bürgerverein informierten an Stellwänden und im Gespräch über ihre jeweiligen Ziele und ihr Engagement.

Von 18:00 bis 20:00 Uhr traf man sich im **Plenum**. Der aktuelle Planungsstand wurde durch Vertreter des Bezirksamtes sowie einem Vertreter von „fördern & wohnen“, Betreiber der geplanten Unterbringung, präsentiert. Anschließend war Zeit für Fragen und Diskussion.

Im dritten Teil der Veranstaltung von 20:00 bis 21:00 Uhr hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer wiederum Gelegenheit, an den Stellwänden zu diskutieren und ihre **Anregungen, Ideen, Kritikpunkte** usw. auf Karten zu schreiben und bei den jeweiligen Thementafeln anzuhängen.

2.1 Begrüßung

Die Altonaer Bezirksamtleiterin, Dr. Liane Melzer, heißt alle Besucher*innen herzlich willkommen. Sie berichtet über die Entwicklungen des Plangebiets und deren Wohnungsanzahl. Die Bezirksversammlung habe am 26.11.2015 beschlossen, dass in Rissen eine Aufteilung auf 400 Wohneinheiten für Geflüchtete und 200 Wohneinheiten für Mieter*innen im freifinanzierten Wohnungsbau bzw. geförderte Eigentumswohnungen für junge Familien erfolge. Auch in anderen Stellen in Altona sollen dezentral auf drei Gebieten insgesamt 400 Wohnungen errichtet werden. Diese Flächen wurden vom Senat akzeptiert. Frau Dr. Melzer berichtet weiter von den folgenden Veranstaltungen, in denen in Fokusgruppen mit den Bürgern*innen ein Dialog stattfinden soll. Es soll geklärt werden, welche Bedingungen erforderlich seien, damit ein Zusammenleben mit den neuen Bürger*innen gelingen kann. Sie stellt klar, dass es entgegen der illegalen Überklebungen der Plakate zu dieser Veranstaltung nicht beabsichtigt sei, das Quartier „Olaf-Scholz-Siedlung“ zu nennen. Frau Dr. Melzer freut sich darüber, gemeinsam in einen konstruktiven Dialog einzutreten und Anforderungen an das Gelingen zu erörtern.

Im Anschluss begrüßt der Moderator, Markus Birzer (Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer), die Teilnehmenden. Er sei beauftragt worden,

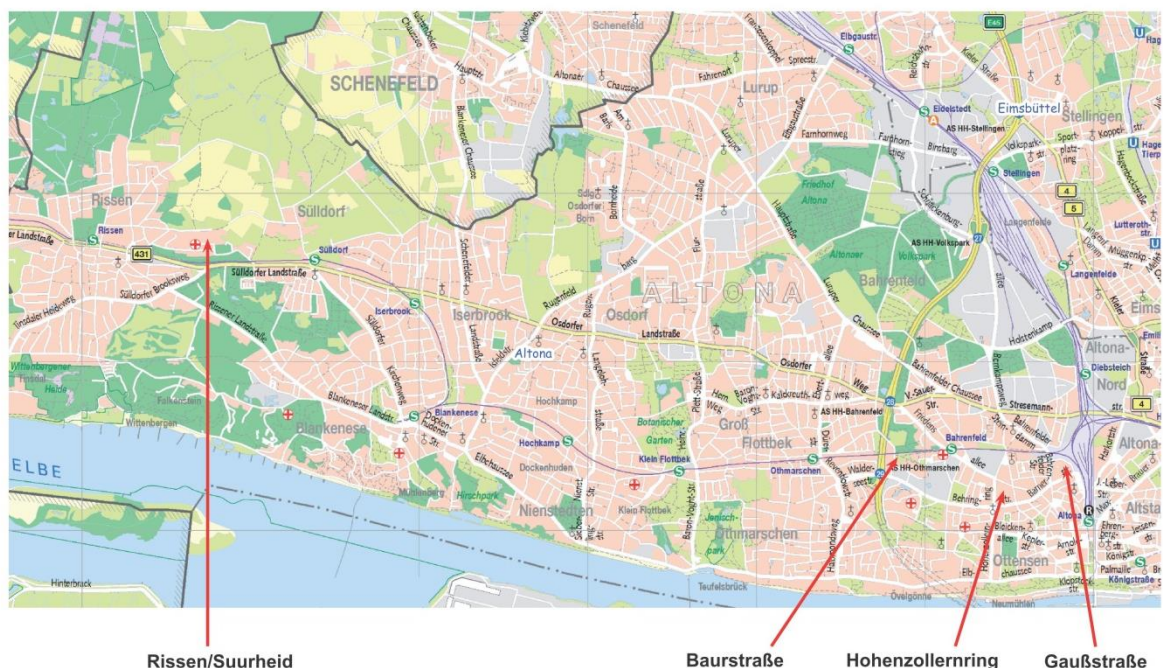
zusammen mit dem Unternehmen SUPERURBAN den Dialogprozess zu gestalten und zu moderieren. Weiter stellt Herr Birzer den Ablauf vor. Die Veranstaltung sei in zwei Teile geteilt. Zunächst ein Informationsblock, in dem Herr Gerdemann (Dezernent für Bauen, Wirtschaft und Umwelt), Frau Stödter-Erbe (Leiterin des Fachamtes Sozialraummanagement) und Herr Leo („fördern & wohnen“) über das Projekt informieren werden. Im Anschluss in der Diskussionsphase hätten die Bürger*innen Zeit, ihre Fragen zu stellen, sowie im Anschluss im Infomarkt mit den Fachexperten zu diskutieren. Er macht weiter darauf aufmerksam, dass der gesamte Prozess in Form eines Ergebnisprotokolls dokumentiert und ins Internet gestellt werde (<http://www.hamburg.de/altona/buergerdialog-fluechtlingswohnen/>).

Durch ein sogenanntes „Aufstehsoziogramm“ ermittelt Herr Birzer die Zusammensetzung der Anwesenden. Dabei sollen diejenigen aufstehen, die eine Frage mit „Ja“ beantworten können. Demnach waren ca. 15 Personen direkte Anwohner*innen des Plangebietes, gut die Hälfte der Anwesenden war bereits bei der Informationsveranstaltung am 18.11.2015, und ca. 30 Personen engagieren sich in der Flüchtlingshilfe. Aus beruflichen Gründen anwesend waren ca. ein Dutzend Personen.

2.2 Informations-Teil

Herr Johannes Gerdemann stellt sich vor: er sei seit Anfang des Jahres Bau-Dezernent in Altona und habe vorher bereits das Bauprojekt Mitte Altona begleitet. Im Weiteren wolle er die grundsätzliche Herangehensweise der Planungen erläutern. Hierfür stellt er zunächst die anderen drei Standorte in Altona vor. Einige dieser Flächen seien schon konkret geplant, bei anderen sei man noch in Vorbereitung.

Verortung der vier Quartiere in Altona

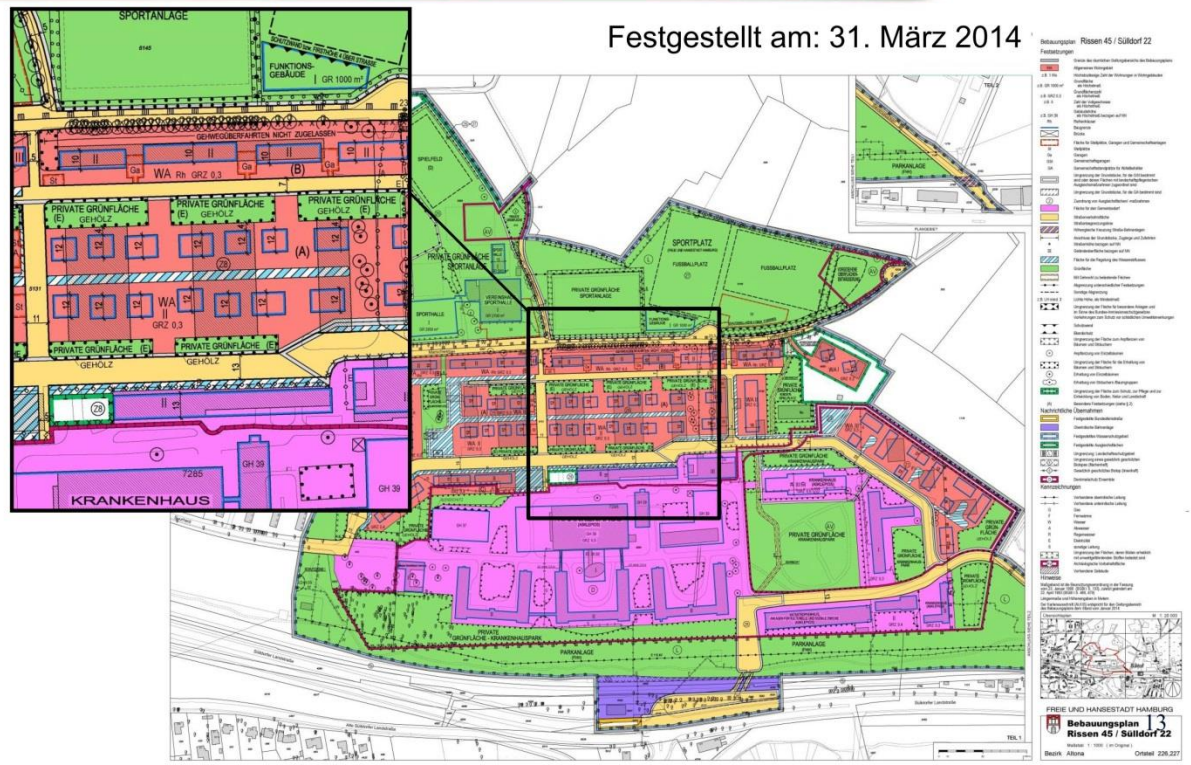


Zuletzt geht er auf den Standort Rissen und den Bebauungsplan „Rissen 45“ ein. Die SAGA GWG habe einen Teil der Fläche erworben. Ein großer Teil gehöre der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, mit dieser führe man noch Verhandlungen. Danach solle die Fläche mit der SAGA GWG umgesetzt werden. Für diese Fläche gebe es bereits einen Bebauungsplan, der mit mehr Geschossen und verdichteter fortgesetzt werden soll.

B-Plan Rissen 45/ Sülldorf 22 Planzeichnung



Festgestellt am: 31. März 2014



Helga Stödter-Erbe, Leiterin des Fachamtes Sozialraummanagement im Bezirk Altona, definiert weiter die einzelnen Integrationsbausteine. Man habe sich im Dezernat Soziales, Familie und Gesundheit mit der Frage auseinandergesetzt, wie die Integration gelingen kann. Dabei wurde die soziale Infrastruktur in Rissen untersucht. Hierzu zählen u.a. das Angebot für außerschulische Bildung, Beratung und Freizeitaktivitäten. Es werde geprüft, welche Träger, Vereine und Initiativen vorhanden und wie die finanziellen und personellen Ressourcen im Bezirksamt seien.

Die Bestandsaufnahme kam dabei zu folgendem Ergebnis:

Man habe die Anzahl von Kitas untersucht, da die Geflüchteten viele Kinder mitbringen und daher ein großer Bedarf besteht. Gespräche mit Einrichtungen werden hierzu geführt und sind bereits terminiert. Anzumerken sei, dass es für Kitas keine behördliche Bedarfsplanung gebe, sondern das Angebot durch die Nachfrage bestimmt werde.

Im sportlichen Bereich sei Rissen gut aufgestellt, da es viele Vereine gebe. Gerade der Rissener Sportverein engagiert sich stark und sei kooperativ. Wünschenswert wäre das Vorhandensein von Bewegungsflächen, wie zum Beispiel ein Bolzplatz.

Weitere Grünanlagen und Spielplätze werde es im Rahmen des Bauprojektes geben. Man habe die Idee, innerhalb des Quartiers einen Anziehungspunkt zu schaffen, damit auch andere Bewohner*innen das Quartier nutzen (z. B. großer Spielplatz). Die Freiflächen sollten weiter ausgestaltet sowie mit Mobiliar ausgestattet werden.

Ein weiterer wichtiger Faktor für die Integration stellt die Stadtteilkultur dar, da hierüber Kommunikation und ein Austausch entstehen kann, wie z. B. über Musik, Tanz und Singen. In Rissen gebe es kein Stadtteilkulturzentrum, man könne und wolle aber Angebote der Stadtteilkultur nach Rissen holen. Die Finanzierung sei fast gesichert, da es einen Fond gebe, der Kulturangebote fördert.

Das Gesundheitssystem stellt für geflüchtete Menschen ebenfalls ein wichtiges Thema dar. Diese kennen teilweise das System nicht. Dafür könne möglicherweise ein Lotsensystem geschaffen werden. Vorstellbar wäre auch, dass Schulärzte und Schul-Zahnärzte in den Schulen sowohl die Kinder als auch die Eltern informieren. Bei der Kinder- und Jugendarbeit müssen vorhandene Angebote gestärkt werden, um eine Sozialarbeit vor Ort zu fördern. Es gäbe verschiedene Module, die je nach Bedarf angepasst werden müssen.

Der Ausbau gilt auch für die Seniorenangebote. Der vorhandene Seniorentreff werde 2017 neue Räumlichkeiten erhalten. Kreative Ansätze müssen gefunden werden, da gerade für ältere Mitbürger*innen der Spracherwerb schwierig sei. So sollten Angebote für geflüchtete Senioren*innen und Raum für Begegnungen geschaffen werden. Hierzu wurden auch schon Gespräche geführt.

Ein weitere wichtiger Punkt für die Integration seien Glaubensgemeinschaften. Die christlichen Kirchen in Rissen engagieren sich bereits stark und greifen daher auf Erfahrungen zurück. Mit den muslimischen Glaubensgemeinschaften werde das Gespräch verstärkt, damit die Bedürfnisse entsprechend gedeckt werden können.

Um Integration zu ermöglichen, gilt es, einen „multifunktionalen Begegnungsraum“ im Quartier zu schaffen, wo Menschen sich treffen und Angebote stattfinden können.

Zum Thema schulische Bildung wurde festgestellt, dass kein Handlungsbedarf bestehe, weil die vorhandenen Schulen in Rissen gut aufgestellt seien und über ausreichend Kapazitäten für die internationalen Vorbereitungsklassen verfügen.

Frau Stödter-Erbe stellt abschließend fest, dass dies alles noch unfertige Ideen seien und daher freut sie sich über weitere Anmerkungen und Rat in den Fokusgruppen. Man plane einen Beteiligungsprozess, in dem die Bevölkerung, Geflüchtete, beratende Expert*innen sowie bestehende Einrichtungen und Initiativen einbezogen werden sollen. Es solle ein Stadtteilmanagement geben, dessen Form und Inhalt durch die Fokusgruppen weiter zu bestimmt sei.

Herr Leo von „fördern & wohnen“ erläutert, dass es sich bei den Wohnungen um eine öffentliche Unterbringung handele. Das sei ein Angebot für Menschen, die auf diese Hilfe angewiesen seien. Dies gilt für wohnungslose Menschen und Flüchtlinge, die vorrübergehend öffentlich untergebracht werden. Die Menschen dort bekommen einen Zuweisungsbescheid und keinen Mietvertrag.

Hier werden Flüchtlinge mit Bleibeperspektive oder anerkannte Flüchtlinge leben. Diese seien keinesfalls verpflichtet, in öffentlicher Unterbringung zu leben, dies sei ein Angebot. Jede Art von öffentlicher Unterbringung sei eine vorrübergehende Hilfe und eine wichtige Etappe auf dem Weg der Integration in Sprache, Arbeit und eigene Mietwohnung. „fördern und wohnen“ mietet die Wohnungen für 15 Jahren. Die Bewohner*innen werden nur so lange dort wohnen, bis sie eine Mietwohnung gefunden haben. Dies hängt wiederum vom Wohnungsmarkt ab. Momentan gebe es nicht genügend preisgünstigen Wohnraum. Deswegen gebe es solche Unterkünfte. Man hoffe darauf, dass der Eigentümer Mietverträge auch mit Geflüchteten abschließt. Am Ende soll es eine Durchmischung geben, gerne auch vor Ablauf der 15 Jahre. Nach 15 Jahren werden die Wohnungen zurückgegeben und der Vermieter kann sie dann anderweitig vermieten.

Herr Leo geht darauf ein, welche Menschen ins Quartier ziehen werden. Es geht um Menschen mit Bleibeperspektive, nicht aus Erstaufnahmeeinrichtungen. Besonders schutzbedürftige Flüchtlinge haben dabei Vorrang, z. B. besonders Kranke, die besser untergebracht werden müssen, aber auch Menschen aus Gemeinschaftsunterkünften. Man werde sich bemühen, Menschen hier unterzubringen, die bereits im Bezirk leben, damit bspw. die Kinder die Schulen nicht wechseln müssen. Bereits bestehende Integrationserfolge könnten so am effektivsten fortgeführt werden. Es werden voraussichtlich rund 60% Familien und 40 Prozent Alleinstehende untergebracht. 30 Prozent

Kinder im Alter zwischen 0 und 18 Jahren und davon 15 Prozent im Alter zwischen 0 und 6 Jahren. Insgesamt würde eine Mischbelegung angestrebt werden. Besonders Geflüchtete mit hoher Anerkennungsquote wie diejenigen aus Syrien, Irak, Eritrea und Afghanistan würden in die Unterkunft kommen.

Die Belegungsdichte beträgt 15 m² pro Kopf. Dementsprechend werden 60-m²-Wohnungen mit vier Personen belegt. In der Senatsdrucksache steht, dass eine Wohnung mit fünf Personen belegt werden könne. Man müsse sich aber immer die Grundrisse ansehen; hier werden viele kleine Wohnungen gebaut, daher sei keine Belegung mit fünf Personen je Wohnung zu erwarten. Man gehe davon aus, dass eine Familie drei Jahre in einer Unterkunft sein werde. Die Verweildauer hänge aber eng mit der Gesamtsituation zusammen.

„fördern & wohnen“ werde Personal zur Betreuung (eine(n) Mitarbeiter*in pro 80 Personen) und für den technischen Dienst stellen. Man habe bereits viel Erfahrung mit dem Betreiben von Einrichtungen der öffentlich-rechtlichen Unterbringung und der Unterbringung von Flüchtlingen. Er wünsche sich ein gutes Miteinander zwischen den Nachbarn des Quartiers und den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern.

Man könne sich auch einen Unterkunftsbeirat mit Flüchtlingen vorstellen, um diese in die Gestaltung des Zusammenlebens zu integrieren. Ziele, die „fördern & wohnen“ verfolgt, seien: Partizipation, Selbstorganisation, Werte vermitteln (durch Sozialraummanagement), Vermittlung von Grundrechten, Meinungs- und Religionsfreiheit, Vermittlung von Normen, Ortskenntnisse, Begegnungsräume schaffen und auch Angebote außerhalb des Quartiers zu stärken um eine Begegnung zu gewährleisten.

Herr Gerdemann dankt Herrn Leo und freut sich über die Zusammenarbeit. Er macht darauf aufmerksam, dass in diesem Quartier bereits ein Bebauungsplan vorläge. Daher könne eine Durchmischung früher angestrebt werden.

Er erläutert das weitere Vorgehen und macht das Angebot, qualifizierte Mitstreiter*innen zu gewinnen, die eine kostenfreie Moderationsausbildung erhalten (Moderation von Gruppen sowie Konfliktlösung). Dies würde an drei Wochenenden im ersten Halbjahr stattfinden. Wer daran Interesse habe, solle ein Bewerbungsschreiben mit seinen Motiven verfassen. Man werde sich danach mit den Bewerber*innen zusammensetzen und eine Auswahl treffen. Diese Personen können nach der Ausbildung als Bürgermoderator*innen eine gute Unterstützung für die Stadtteile darstellen.

Ein weiteres Instrument stellen die Fokusgruppen da. Man wolle in diesen weiter erläutern, aber auch eine ausführliche Rückmeldung bekommen. Er stellt die Themen, vor zu denen man sich anmelden kann:

- Städtebau, Architektur und Wohnen

- Wege zur Integration
- Freiräume, Wegestruktur und Infrastruktur

Zu beachten sei, dass die Uhrzeit verändert worden sei auf 18.00 – 21.00 Uhr. Er würde sich freuen, möglichst viele Bürger*innen begrüßen zu dürfen, denn je mehr Menschen kommen, desto mehr Vielfalt habe man im Prozess. Weiter bittet er darum, sich zu den Fokusgruppen anzumelden, damit die Beteiligungsmethoden und das Catering geplant werden können.

2.3 Diskussions-Teil

Die rund 200 Besucherinnen und Besucher hatten zahlreiche Fragen, die von den vertretenen Fachleuten beantwortet wurden. In der folgenden Zusammenfassung der Diskussion sind die Fragen und Antworten nach Themenbereichen geordnet.

2.3.1 Thema Standortwahl/Städtebau

Einige Wortmeldungen beziehen sich auf die Aufteilung der Wohneinheiten im Bezirk Altona. Mit kleineren und dezentralen Einheiten wäre die Integration besser umsetzbar, daher sollte die Masse auf mehr Standorte oder zumindest gleich verteilt werden. Auch wird die Idee geäußert, im neu zu bauenden Stadtteil „Mitte Altona“ ca. 100 Geflüchtete in den Wohnungen der SAGA GWG unterzubringen. Auch Reihenhäuser werden als Idee genannt.

- ➔ Herr Gerdemann erwidert, dass eine mathematische Zuweisung nicht plausibel sei. Altona sei ein sehr verdichtetes Gebiet mit wenig Flächen, die eine Flüchtlingsunterbringung ermöglichen. In Rissen sei das Gebiet größer und lässt siedlungstechnisch daher mehr Wohnungen zu. Ergänzt werde dieser Standort dann durch drei kompakte Unterkünfte im verdichteten Altona. Dennoch sei es der Vorschlag Wert, geprüft zu werden.
- ➔ Frau Dr. Melzer ergänzt, dass es nur zwei Flächen gegeben habe, die acht Hektar umfassen. Der Zustrom der Flüchtlinge werde nicht abreißen, daher gebe es bereits die Überlegung, in anderen, neuen Quartieren Flüchtlinge unterzubringen.

Ein Teilnehmer merkt kritisch an, dass er sich an die Veranstaltung am 18.11.2015 zurück erinnert fühle. Alles was Rissen vorgetragen habe, habe sich in Luft aufgelöst. „Rissen 45“ habe man zehn Jahre lang entwickelt. Woanders sollen Wohnungsbauprogramme nicht für Flüchtlinge genutzt werden, hier werde es jedoch gemacht. Es gebe keine Integrationsstudie, die belegt, dass mehr als 300 Menschen integriert werden können. Es seien zu viele Geflüchtete, die hierher kommen. Er fragt nach den Alternativflächen.

- ➔ Frau Dr. Melzer erklärt, dass es eine Aufforderung an alle Bezirke gegeben hätte, Grundstücke mit einer Größe von rund acht Hektar zur

Verfügung zu stellen. Die einzige Alternative wäre die Trabrennbahn gewesen. Jedoch seien in Bahrenfeld schon mehr als 5.000 Flüchtlinge untergebracht. In den anderen Bezirken seien Flächen ausgewählt worden, die keinen Bebauungsplan haben, das sei der Unterschied zu diesem Projekt hier in Altona. Dies wurde auch stark kritisiert, jedoch steht Altona vor der Problemlage, dass keine anderen Flächen dieser Größe zur Verfügung stehen. Daher war man froh darüber, dass andere, kleinere Standorte gefunden wurden. Altona sei ein sehr verdichteter und durchgeplanter Bezirk, gebe daher nur diese Alternative.

Ein Anwohner merkt an, dass man jetzt Abhilfe bräuchte, das Bauprojekt sei allerdings erst in zwei Jahren realisiert. Er fragt danach, warum keine leerstehenden Büroflächen genutzt werden. Jemand habe Flächen angeboten, aber von der Behörde eine Absage bekommen.

- ➔ Frau Svenja Gugat stellt sich vor. Sie sei beim „Zentralen Koordinierungsstab Flüchtlinge“ und dort zuständig für die Suche von Flächen und Gebäuden, auf und in denen Flüchtlinge untergebracht werden können. Man prüfe alle Angebote. Bei Gewerbegebäuden gebe es das Problem, dass diese oft in privaten Besitz seien und diese dann zu einem angemessenen Preis angemietet werden müssen. Des Weiteren wäre oft ein erheblicher Umbau von Nöten, um z. B. Küchen und Sanitäreinrichtungen zu installieren.
- ➔ Herr Leo stellt die Wohnbrücke als neu geschaffenes Instrument vor. Dort könne man Wohnungsangebote aus privaten Haushalten platzieren.

Ein Teilnehmer äußert die Frage, welche Voraussetzungen bzw. Berechtigungen vorliegen müsse, um in die Unterkunft zu ziehen.

- ➔ Herr Leo antwortet, dass die Menschen, die über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, berechtigt seien. Nicht berechtigt seien Asylbewerber, bei denen das Asylverfahren noch nicht zu einem Ergebnis gekommen sei.

2.3.2 Thema Sicherheit

Ein Teilnehmer bekundet, dass die Bürger willens seien, sich der Integration zu widmen. Es gebe über alle Ethnien hinweg Kriminalität bei jungen Männern. Dies sei jedoch eher Kleinkriminalität. Größere Sorge bereite ihm die rechtsradikale Kriminalität und damit Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte. Er fragt, wie die Unterkünfte in Rissen geschützt würden, damit weiterhin alle Ehrenamtlichen unbeschadet tätig sein können.

- ➔ Herr Jens Lohdal, Leiter des Polizeikommissariats 26, erwidert darauf, dass es bis jetzt kein Angriff auf Asylheime in Hamburg gegeben hätte und somit keine konkrete Gefahr bestehe. Wenn festgestellt werde,

dass diese Situation sich ändere, werde man auch reagieren. Er sieht die Integration an dieser Stelle als Patentrezept. Zudem sei man mit dem bürgernahen Beamten auch vor Ort.

- ➔ Herr Gerdemann merkt an, dass das Thema Sicherheit mit in die Fokusgruppe getragen werden solle.

Ein Teilnehmer erwidert, dass die große Menschenmenge eine höhere Polizeipräsenz erfordere. Er fragt nach, ob es neue Stellen gebe.

- ➔ Herr Lohdal erwidert, dass es bei der Polizei nicht den Grundsatz gebe, dass bei Zuzug von Personen mehr Polizisten eingeplant werden. Vielmehr beobachte man die Situation. Wenn es mehr Einsätze gebe, würde man darauf ggf. reagieren. Er sei aber überzeugt davon, dass es keine Auffälligkeiten geben werde.

2.3.3 Thema Integration

Ein Mitglied der Kirchengemeinde möchte dazu ermuntern, mit den Geflüchteten in Kontakt zu kommen, da es Menschen mit Sorgen und Nöten seien wie alle hier Anwesenden. Er sei an dieser Erfahrung gewachsen und lerne unglaublich viel.

Ein Teilnehmer merkt an, dass Integration offenbar nur sehr einseitig verlangt werde und nie gefordert worden sei, sich integrieren zu wollen und selbst etwas dazu zu tun.

- ➔ Frau Stödter-Erbe begrüßt diesen Ansatz und spricht sich für eine Selbstorganisation der Menschen aus, die in der Unterbringung leben sollen.
- ➔ Herr Leo sieht dies als zentrale Erwartung, die man stellen würde. Er ergänzt, dass es viele Jungerwachsene gebe, die keinen Familienanschluss und damit keine Bindung haben. Man bemühe sich daher, Flüchtlingsfamilien und z. B. auch Bürger*innen aus Rissen zu finden, die denjenigen in Obhut nehmen und sich um diese kümmern.

Pastor Knuth spricht sich für einen konstruktiven Dialog aus. Wenn dieser stattdessen stattfinden könnte, könnten Ängste benennbar, aber auch bearbeitbar gemacht werden. Er fragt, welche Aufgaben die Sozialarbeiter haben und wie diese einen Dialog fördern können sowie eine Vernetzung der einzelnen Akteur*innen herstellen können. Das Stadtteilmanagement stelle er sich als Koordination der Ehrenamtlichen vor. Es wird auch nachgefragt, welches Aufgabenspektrum die Mitarbeiter*innen von „fördern & wohnen“ haben.

- ➔ Herr Leo berichtet, dass die Sozialarbeiter Vernetzung herstellen und Bedürfnisse der Flüchtlinge abdecken sollen. Es sei Aufgabe der Mitarbeiter*innen, für Akzeptanz der Einrichtung zu sorgen. Wenn es z. B. Beschwerden gebe, werden diese bearbeitet.

- ➔ Eine Mitarbeiterin von „fördern & wohnen“ berichtet, dass man verschiedene Aufgaben habe. Man kümmere sich um die Unterbringung und Registrierung, leite die Geflüchteten an Behörden und Institutionen weiter (Jobcenter/Schulintegration/Sprachkurse) usw. Sie lobt den großen Unterstützerkreis im Quartier Sieverstücken.
- ➔ Frau Stödter-Erbe ergänzt, dass die Ausgestaltung des Stadtteilmanagements noch bewusst vage gehalten wurde, da das genaue Leistungsverzeichnis erst entwickelt und mit den Fokusgruppen rückgekoppelt werden solle. Sie bedankt sich bei den vielen Ehrenamtlichen. Das bürgerschaftliche Engagement spiele eine große Rolle und solle in der Fokusgruppe 2 weiter ausformuliert werden.

Ein Teilnehmer wünscht sich, dass das Stadtteilmanagement möglichst zentral in Rissen angesiedelt werden solle. Da das die Kommunikation erleichtern würde und die Menschen dazu bewegt, sich nicht nur im Quartier aufzuhalten. Außerdem wären an der Hauptstraße Räumlichkeiten dafür frei. Ein anderer Teilnehmer merkt dazu an, dass es mehrere kleine Gemeinschaftsräume brauche und nicht nur einen großen.

Eine Anwohnerin äußert sich darüber, dass es viele positive Rückmeldungen zu der Unterkunft Sieversstücken gebe. Viele kümmern sich um verhältnismäßig wenige Menschen. Sie fragt, wie viele Menschen von denjenigen in Sieversstücken in Arbeit gekommen seien und wie viele Deutsch gelernt haben.

- ➔ Die Mitarbeiterin von „fördern & wohnen“ berichtet von einer guten Fluktuation. Man habe viele Menschen bereits in eigenen Wohnraum überführen können. Bei den Integrations- und Deutschkursen seien alle dabei. Gerade alleinstehende junge Männer seien sehr froh über das Angebot.

Es wird angemerkt, dass für das neue Quartier ca. 700 Ehrenamtliche eingeplant werden müssen.

2.3.4 Thema Verkehrsanbindung

Mehrere Teilnehmer und Teilnehmerinnen beschwerten sich über den hohen Verkehrslärm und die chaotische Verkehrsführung in der vorher sehr ruhigen Wohngegend durch den Ausbau des Sieversstücken-Quartiers. Sie wären einer starken Belastung ausgesetzt. Wollen daher wissen, was sich die Stadt für Gedanken gemacht habe, damit es nicht zu einer weiteren verkehrlichen Überforderung kommt und ob es konkrete Gedanken zur verkehrlichen Erschließung gebe. Kleine Straßen sollten nicht überlastet werden.

- ➔ Herr Gerdemann merkt an, dass die Bewohner*innen des neuen Quartiers eher noch keine Autos haben werden. Er würde daher von

einer geringen Belastung ausgehen. Es werde sich aber im Zuge der Planung Gedanken gemacht, an welchen Stellen mit welchen Belastungen gerechnet werden kann und wie die Leistungsfähigkeit der Straßen sei. Die Verkehrsuntersuchungen seien noch nicht abgeschlossen, sollen aber in die Fokusgruppen eingespeist werden.

3. Anmerkungen der Bürgerinnen und Bürger an den Thementafeln

Station Standorte Flüchtlingswohnen in Altona

- Auf welcher Route fahren die Busse von der Siedlung zum Ortskern – irgendwo?
- Für Rissen: Welche Gemeinschaftseinrichtungen/Begegnungsmöglichkeiten sind geplant?
- An welche Art von kleinen Läden ist gedacht und wie lange werden sie existieren?
- Gibt es in jedem Haus Gemeinschaftsräume/Möglichkeiten des Unterrichtens, Feierns etc.?
- Wird eine Disco gebaut?

Station Ausgangslage Rissen/Suurheid

- Verkehrsanbindung → Bus ...
- Sicherer Schulweg; Verkehrserziehung für Kinder und Erwachsene
- Wäre es nicht sinnvoll, ein Wohnheim für Auszubildende und Studenten in die Anlage Rissen zu integrieren?
- Für die Integration: Kita, Schule, Begegnungsmöglichkeiten, Discounter und Geschäfte mit landestypischen Lebensmitteln
- Begegnungsstelle für Frauen

Station Planung Rissen/Suurheid

- Welche weiteren Unterkünfte für Flüchtlinge sind in Rissen in Planung? Berendson? U. a., Markenfilm (Wede)?
- Sind die Eigentumsverhältnisse geklärt?

Station Soziale Infrastruktur Rissen/Suurheid

- Wird über die Mischung von Sprachen und Ethnien nachgedacht? Was ist geplant? (Rissen)
- Freizeitmöglichkeiten für Jugendliche, z. B. Bolzplatz!!!
- München hat mehr türkische Menschen integriert als Berlin! Es gibt keine Clusterbildung!! Kein Kreuzberg!
- Stadtteilschule Blankenese: Raumangel besteht nach Fertigstellung

des Neubaus immer noch! Wo werden Kapazitäten geschaffen?

- Dialoggruppen organisieren – thematisch!!!
- Interaktiver Spracherwerb über das Internet (babbel)
- Computerplätze
- Angebote für Menschen mit Behinderung/barrierefreie Wohnungen
- Ein Spielplatz wäre toll, auch für die Nachbarn!
- Gibt es für die Bewohner von „Rissen 45“ Räume gewerblich zu nutzen, damit Rissener auch den Weg dahin suchen?
- bitte Auswirkungen auf Schulen studieren und quantifizieren
- Versicherung?
- Aufstockung Polizei
- Ärzte? Ein Kinderarzt in Rissen (gesetzlich)
- Gibt es Wohnungen für integrationsbereite Nicht-Flüchtlinge (Familien mit 3 Kindern) in „Rissen 45“?
- Freizeitgelände Kiesgrube ist oft überlaufen. Gibt es zusätzliche Flächen?
- Sind Sportvereine in der Lage, ihr Angebot anzupassen?
- Schulcampus Rissen: Sporthallenkapazität reicht jetzt schon nicht! Wird Abhilfe geschaffen?

4. Impressum

Herausgeber

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Altona
Platz der Republik 1
22765 Hamburg

E-Mail: pressestelle@altona.hamburg.de

Redaktion und Layout

Politik- und Unternehmensberatung Markus Birzer
Missundestraße 14
22769 Hamburg
Telefon: 040 43099212
E-Mail: markus.birzer@birzer-beratung.de

Superurban Kommunikation
Oberhafenstraße 1
20097 Hamburg
Telefon: 040 4309 4755
E-Mail: info@superurban.de

Fotos, Grafiken

Superurban (S. 4, 5)
BA Altona/LB Geoinformation und Vermessung (S. 8)
BA Altona (S. 9)

Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Altona
Platz der Republik 1
22765 Altona